



Kreisverband Neuss

16. Juni 2021

www.duesseldorf-bergisch-land.dgb.de

Hohe Mietkosten in Neuss: Mietenstopp jetzt!

58,09 Prozent der Neusser sind überlastet von ihren Mietkosten, wie aus einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht. Der DGB fordert einen Mietenstopp und mehr bezahlbare Neubauwohnungen

58,09 Prozent aller Mieterhaushalte in Neuss müssen mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete zahlen. Damit gelten diese Haushalte nach Ansicht der Autoren einer aktuellen Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung als überbelastet durch ihre Wohnkosten. Ihnen bleibt wenig Geld für andere Lebensbereiche. Die Studie zeigt auch: Selbst wenn alle Mieterhaushalte auf Wohnungen mit angemessener Größe und Preis verteilt werden würden, fehlen in **Neuss 10.967** bezahlbare Wohnungen.

„Viele Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen einen großen Teil ihres erarbeiteten Einkommens direkt an die Vermieter weiterreichen. Selbst bei guten Tarifabschlüssen fressen die Mieten die Einkommen zunehmend auf. Deswegen fordern wir von der nächsten Bundesregierung einen sechsjährigen Mietenstopp. Die Menschen brauchen eine Atempause“, sagte Udo Fischer, DGB-Vorsitzender in Neuss.

Aktuelle Verschärfung der Problematik

Die Mietenproblematik hat sich aktuell gerade im Hinblick auf gesunkene Einkommen während der Pandemie zum Teil dramatisch verschärft. Es gibt immer mehr Leute, die von der Substanz leben müssen, sei es durch lange Kurzarbeit mit 40 % geringerem Einkommen oder bei Selbstständigen, Künstler etc.

CO2-Mehrpreis und Mietnebenkosten

Udo Fischer weiter: „Im Mietspiegel sind die Steigerungen der Mietnebenkosten nicht abgebildet. Der Ausstieg der CDU aus der Vereinbarung hälftige Aufteilung des CO-2 Mehrpreise auf Mieter/Vermieter führt zur zusätzlichen, einseitigen Belastung von Mieter und Mieterinnen und hat mit dem Versprechen, die CO-2 Steuer „sozial ausgewogen“ zu gestalten, nichts mehr zu tun“. Alle Energieanbieter werden Strom- Heiz – und Wasserkosten drastisch erhöhen. „Die Ziele der Klimagesetze können nur mit weiter gehenden, energetischen Investitionen in Wohnimmobilien erreicht werden. Wer zahlt diese Kosten?“ fragt Fischer weiter. Menschen mit niedrigen Einkommen werden noch zusätzlich mit steigenden Kraftstoffkosten belastet und haben grundsätzlich nicht die Reserven, Preissteigerungen durch Inflation aufzufangen. Udo Fischer: „Alle Parteien, die die CO-2 Steuer wollen, sind hier mit Taten und nicht mit Worten gefordert“.

Forderung nach Haushaltskonsolidierung

„Die Forderung mag ja grundsätzlich gerechtfertigt sein. Aber ehrlichweise gehört dazu auch die Begrenzung der kommunalen Ausgaben für das Wohngeld dazu. Das wäre doch einmal auch für die CDU in Neuss ein erster Ansatz“, so Fischer.

Steigende Baupreise und fehlendes Baumaterial

Udo Fischer verweist auf die derzeitige Steigerung der Bauerstellungskosten. Baumaterial ist teilweise um 300 % verteuert und vielfach nicht lieferbar. Das führt zu längeren Bauzeiten und weiteren Preissteigerungen. Das schlage den Bemühungen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, zusätzlich ins Gesicht. „Der sechsjährige Mietenstopp muss genutzt werden, um beim Bau bezahlbarer Wohnungen den Turbo einzuschalten. Seit 2005 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland halbiert. Diese Lücke ist nicht von heute auf morgen zu füllen. Alle politischen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – sind in der Pflicht, sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen. Auf kommunaler Ebene brauchen wir eine bessere personelle Ausstattung der Bau- und Planungsämter, einen strategischen Ankauf von Flächen sowie die Stärkung der kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. “Wir sind in der Stadt Neuss gut unterwegs, Investoren beim Wohnungsbau stärker auf das Gemeinwohl zu verpflichten“, so Fischer weiter. „Gelingt das denn auch mit weiteren Preissteigerungen?“.

Der DGB, der Mieterbund und andere Sozialverbände verleihen am 19.6. bundesweit in über 50 Kommunen der Forderung Mietenstopp Nachdruck. In Neuss steht der DGB vor dem Rathaus und übergibt der Politik symbolisch das letzte Hemd für die Miete.

Udo Fischer abschließend: „Mietenstopp ist in der Tat eine sehr drastische Forderung. Ich empfehle aber: sprechen Sie mal mit Menschen, die von der aktuellen Mietsituation betroffen sind und teilweise Angst haben, ihre Miete nicht mehr zahlen zu können und ihre Wohnung zu verlieren“.

Udo Fischer

Vorsitzender

DGB Kreisverband Neuss